

Gemeinsame Pressemitteilung

Verbände und Unternehmen gründen Bündnis zum Schutz von Wasser

Wasserversorger und Getränkeindustrie warnen in „Gelsenkirchener Erklärung“ vor den Risiken durch Fracking und fordern strikten Schutz aller Wasservorkommen

Aus Sorge um die Sicherheit und Reinheit der Wasservorkommen in Deutschland haben sich namhafte Verbände und Unternehmen zu einem Bündnis zusammengeschlossen und gemeinsam klare Regelungen zum Schutz vor den Gefahren der Fracking-Technologie gefordert.

In der „Gelsenkirchener Erklärung“, die am Freitag veröffentlicht wurde, formulieren die beteiligten Verbände und Unternehmen ihre Erwartungen an die künftige Bundesregierung. Getragen wird dieses Bündnis von der Gelsenwasser AG, der Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke an der Ruhr e.V., dem Deutschen Brauer-Bund e.V., dem Verband Deutscher Mineralbrunnen e.V. und der Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke e.V. Dieses Bündnis repräsentiert mehr als 700 Unternehmen in ganz Deutschland.

Die Unterzeichner der „Gelsenkirchener Erklärung“ unterstützen das in den laufenden Koalitionsverhandlungen diskutierte Fracking-Moratorium und sprechen sich dafür aus, es baldmöglichst durch eine restriktive gesetzliche Regelung zu untermauern. Solange keine ausreichenden wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen und nicht alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet seien und ausgeschlossen werden könnten, wäre der Einsatz der Fracking-Technologie unverantwortlich. Die Reinheit des Wassers und die Gewährleistung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes müssten gemäß dem Vorsorgeprinzip strikten Vorrang haben vor energiepolitischen oder wirtschaftlichen Interessen.

Getränkehersteller wie auch Wasserversorger sind angewiesen auf reines Wasser höchster Qualität. Bei natürlichem Mineralwasser kommt hinzu, dass es einer amtlichen Anerkennung unterliegt und von „ursprünglicher Reinheit“ sein muss. Anders als bei Trinkwasser ist bei natürlichem Mineralwasser eine Aufbereitung zur Entfernung von Schadstoffen nicht zulässig. Bereits das Vorkommen geringster Verunreinigungen könnte daher die amtliche Anerkennung und die Existenz der Mineralbrunnenbetriebe gefährden. Ebenso sind die deutsche Brauwirtschaft, die dem seit fast 500 Jahren geltenden „Reinheitsgebot“ verpflichtet ist, und andere Getränkehersteller in gleicher Weise wie Wasserversorger auf qualitativ einwandfreies Trinkwasser angewiesen.

In der „Gelsenkirchener Erklärung“ wird deshalb die ausdrückliche gesetzliche Verankerung des Verbots von Fracking in Einzugsgebieten gefordert, die für die Trinkwasserversorgung oder die Gewinnung von Wasser für Lebensmittelbetriebe genutzt werden.

Berlin, Bonn, Gelsenkirchen und Schwerte, 22. November 2013

Ansprechpartner:

Felix Wirtz
Unternehmenskommunikation
GELSENWASSER AG
Willy-Brandt Allee 26
45891 Gelsenkirchen
Telefon 0209/708527
Email: felix.wirtz@gelsenwasser.de

Ulrich Peterwitz
Geschäftsführung
Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke an der Ruhr e. V.
Zum Kellerbach 52
58239 Schwerte
Telefon 0209/708274
Email: ulrich.peterwitz@gelsenwasser.de

Holger Eichele
Hauptgeschäftsführer
Deutscher Brauer-Bund e.V.
Neustädtische Kirchstraße 7A
10117 Berlin
Telefon 030/20916725
Email: eichele@brauer-bund.de

Stefan Seip
Verband Deutscher Mineralbrunnen e.V.
Kennedyallee 28
53175 Bonn
Telefon 0228/9599012
Email: seip@vdm-bonn.de

Dr. Detlef Groß, Hauptgeschäftsführer
Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke e.V.
Monbijouplatz 11
10178 Berlin
Telefon 030/2592580
Email: dgross@wafg.de

Gelsenkirchener Erklärung

Wasserversorger, Bierbrauer, Mineral- und Heilbrunnenbetriebe sowie Erfrischungsgetränkehersteller fordern Schutz vor Fracking

Wasserversorger und Getränkeunternehmen sind gemeinsam besorgt um die Sicherheit und Reinheit von Wasservorkommen, da es bisher keine klaren Regelungen zum Schutz vor den Gefahren des Fracking in Deutschland gibt. Die im Februar 2013 von den Bundesministerien für Umwelt und Wirtschaft angestrebte Gesetzesinitiative ist vor der Bundestagswahl gescheitert. Durch die bisherigen Gesetzentwürfe wären allerdings Trinkwasser und Wasservorkommen für Getränkebetriebe nicht angemessen vor den möglichen Folgen von Fracking geschützt worden, obwohl die mit Fracking verbundenen Gefahren offen auf der Hand liegen. Deshalb erwarten die Gelsenwasser AG, die Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke an der Ruhr e.V., der Verband Deutscher Mineralbrunnen e.V., der Deutsche Brauer-Bund e.V. und die Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke e.V. klare gesetzliche Regelungen, die den unverzichtbaren Schutz von Wasser sicherstellen. Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat sind gemeinsam gefordert, das Fracking so zu regeln, dass nachteilige Auswirkungen und Langzeitfolgen für die natürlichen Lebensgrundlagen auszuschließen sind.

Gesetzliche Regelungen in Deutschland müssen beim Wasserschutz klar und konsequent sein

Die in mehreren Gutachten bestätigten Umweltrisiken von Fracking machen deutlich, dass das bestehende Bergrecht keine sachgerechte Lösung darstellt. Es ist daher dringend erforderlich, den Einsatz von Fracking so zu regeln, dass die Belange des Umweltschutzes ebenso wie der gesundheitliche Verbraucherschutz gewährleistet sind. Auch andere Rechtsgebiete sind betroffen und entsprechend anzupassen. Mit Blick auf Fracking fehlen dabei insbesondere folgende Vorgaben:

- ausdrückliches Verbot von Fracking zur unkonventionellen Kohlenwasserstoffgewinnung (einschließlich Verpressen von Rücklauf-, Lagerstätten-, und Abfallwasser) in allen Gebieten, in denen Wasser zum Trinken und zur Herstellung von Lebensmitteln genutzt wird: Wasserschutzgebiete von Trinkwasserversorgungsanlagen und staatlich anerkannten Heilquellen, Wassereinzugsgebiete von Seen, Talsperren und Flüssen, die für die öffentliche Trinkwasserversorgung genutzt werden, Einzugsgebiete von amtlich anerkannten Mineralquellen und Heilquellen sowie Einzugsgebiete von Brunnen für Quellwasser, für das Brauen von Bier, für die Herstellung von Erfrischungsgetränken und weiteren Lebensmitteln;
- ausdrückliches Verbot von Fracking zur unkonventionellen Kohlenwasserstoffgewinnung (einschließlich Verpressen von Rücklauf-, Lagerstätten-, und

Abfallwasser) in allen Gebieten, in denen das Verfahren aus Gründen der geologischen Situation oder menschlicher Tätigkeit mit hohen Umweltrisiken einherginge: tektonisch stark beanspruchte Gebiete, ehemalige Bergbaugebiete etc.;

- Ermittlung der Ausschlussgebiete für Fracking in einem nachvollziehbaren Verfahren, klare Kennzeichnung und Ausschluss dieser Areale aus Aufsuchungs- und Gewinnungsgebieten für die unkonventionelle Kohlenwasserstoffgewinnung;
- Verbot des horizontalen Unterbohrens in allen oben genannten Gebieten, in denen nicht gefrackt werden darf;
- Verpflichtung zur vorherigen umfassenden Ermittlung aller Umweltauswirkungen von Fracking im Rahmen einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung mit festgelegten Mindestanforderungen;
- Verpflichtung zur fachgerechten Abwasserentsorgung einschließlich des Verbots der derzeitigen Praxis, Rücklauf- und Lagerstättenwasser in Tiefbohrungen zu versenken;
- Vetorecht der Wasserbehörden;
- frühzeitige und umfassende Beteiligung aller potenziell Betroffener im Zulassungsverfahren;
- Information über alle beim Fracking eingesetzten Chemikalien in einem transparenten Prozess und Aufzeichnung derselben in einem öffentlichen Register;
- Gefährdungshaftung und Umkehr der Beweislast im Schadensfall und zur Absicherung von Schadenersatzansprüchen mit Blick auf das Fracking, etwa durch Erweiterung des Bergschadensbegriffs;
- Festlegung einer Entschädigungsregelung für Langzeitschäden bzw. -folgen;
- angemessene Mindestversicherungspflicht zur Abdeckung aller Fracking-Schäden für Unternehmen, die Vorhaben zur unkonventionellen Kohlenwasserstofferschließung mittels Fracking durchführen;
- Pflicht zur regelmäßigen Evaluierung von genehmigten Vorhaben und zur Information der Öffentlichkeit.

Trinkwasser und Getränke müssen auch in Zukunft gesichert sein und für die Verbraucherinnen und Verbraucher aus natürlichen Vorkommen gewonnen werden können. Wasserversorger und Getränkeunternehmen fordern deshalb die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat dringend auf, die notwendigen rechtlichen Grundlagen zu schaffen.

Erdgas-Vorkommen in weiten Teilen von Deutschland vermutet

In Deutschland werden Erdgasvorkommen aus unkonventionellen Lagerstätten u. a. in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Bayern und Baden-Württemberg vermutet. Allein in Nordrhein-Westfalen machen die zur Aufsuchung ausgewiesenen Erlaubnisfelder etwa die Hälfte der gesamten Landesfläche aus. Betroffen hiervon sind dabei nicht nur ehemalige Kohleabbau-, sondern auch Wasserschutzgebiete und Einzugsgebiete von Brunnen für die Wasserversorgung, für Getränkebetriebe und große Wasserressourcen wie Seen und Talsperren.

Fracking darf Wasser zum Trinken und für Lebensmittelbetriebe nicht gefährden

Bei der Erdgasgewinnung durch Fracking werden unter hohem Druck Wasser, Sand und teils toxische oder wassergefährdende Chemikalien weiträumig ins Schiefergestein gepresst; dabei kann sich durch die Bohrarbeiten, den Fracking-Vorgang, das Verpressen von Rücklauf- und Abfallwasser oder den Transport von gefährlichen Flüssigkeiten an der Oberfläche und in unterirdischen Rohrleitungen eine Verunreinigung von Wasservorkommen kurz-, mittel- oder langfristig ergeben. Studien haben gezeigt, dass es im Umfeld von Fracking-Anlagen im Zuge der Erdgasgewinnung aus unkonventionellen Lagerstätten zu einer Gefährdung genutzter Wasservorkommen kommen kann. Hinzu kommt, dass die gebotene umweltverträgliche Entsorgung der anfallenden Abwässer laut Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung derzeit noch ungeklärt ist.

In Niedersachsen sind im Zuge des Transports von Flowback und Lagerstättenwasser durch nicht geeignete Rohrleitungen bereits Bodenverunreinigungen eingetreten. Spezielle Problemstellungen bringen bergbaulich vorbelastete Gebiete mit sich. Diese Risiken wiegen umso schwerer, als nur ein Teil der Wassereinzugsgebiete für die öffentliche Trinkwasserversorgung und für staatlich anerkannte Heilquellen als Wasserschutzzone ausgewiesen sind, in denen nach den bisherigen Gesetzentwürfen Fracking nicht zulässig wäre.

Amtlich anerkannte Mineralquellen, Eigen Trinkwasserversorgungsanlagen für das Bierbrauen bzw. für die Herstellung von Erfrischungsgetränken und viele andere Lebensmittel liegen jedoch überwiegend nicht in Wasserschutzgebieten. Deshalb ist ein Rechtsrahmen erforderlich, mit dem gewährleistet wird, dass Wasser für den menschlichen Gebrauch und Verzehr umfassend vor nachteiligen Auswirkungen von Fracking geschützt wird.

Vorrang für den Schutz von Wasservorkommen

Der öffentlichen Trinkwasserversorgung und den Getränkeunternehmen geht es nicht um eine generelle Ablehnung des Fracking. Entscheidend ist der heutige Stand von Wissenschaft und Technologie. Danach ist das Verfahren nicht verantwortbar, weil es mit erheblichen Umweltbelastungen verbunden ist und man noch viel zu wenig darüber weiß, was passieren kann. Der Schutz von Wasservorkommen und die Sicherheit von Lebensmitteln muss Vorrang vor dem Abbau letzter fossiler Brennstoffe haben. Dies gilt umso mehr, als der Sachverständigenrat der Bundesregierung der unkonventionellen Erdgasgewinnung keinen nennenswerten Beitrag zur Energiewende und zur Preisstabilität in Deutschland attestiert.

Gelsenkirchen im Herbst 2013

GELSENWASSER AG
Willy-Brandt Allee 26
45891 Gelsenkirchen

**Arbeitsgemeinschaft der
Wasserwerke an der Ruhr e. V.**
Zum Kellerbach 52
58239 Schwerte

Deutscher Brauer-Bund e.V.
Neustädtische Kirchstraße 7A
10117 Berlin

**Verband Deutscher
Mineralbrunnen e.V.**
Kennedyallee 28
53175 Bonn

**Wirtschaftsvereinigung
Alkoholfreie Getränke e.V.**
Monbijouplatz 11
10178 Berlin